

Wilhelm Bender

Eine Frage der Prioritätensetzung

Wie Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen kann

Die Bundesrepublik ist keineswegs Opfer der Globalisierung, sondern hat in der Vergangenheit schlichtweg seine Chancen verschlafen, sagt Wilhelm Bender, der auch Mitglied im Managerkreis der FES ist. Er plädiert für mehr Selbstbewusstsein und Leistungsbereitschaft, stellt aber auch infrage, ob kostspielige Vorsorgeleistungen die beste Option darstellen, die Menschen vor Lebensrisiken abzusichern.

Sich dem Wettbewerb stellen

«Die Zukunft ist offen – voll neuer Möglichkeiten, aber auch voller Gefahren«, lautet der erste Satz des Entwurfs unter der Überschrift »Fortschritt und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«. Ja gewiss, eine offene Welt bietet Chancen und Gefahren zugleich. Es ist daher Aufgabe vernünftiger Ordnungspolitik, die Chancen zu erkennen und zu nutzen und die Gefahren möglichst einzudämmen. Ich bevorzuge, von einer Botschaft der Zuversicht auszugehen.

Wir leben in einem der sichersten Länder der Erde. Das ist ein gewaltiges Privileg. Gefahren binden bei uns weitaus weniger Energien als andernorts. Wir können unsere Chancen nutzen und sollten es tun. Das ist auch unsere Pflicht in Verantwortung für das eigene Leben, in Verantwortung gegenüber unserem Staat, den wir so weit wie möglich von kostspieligen Vorsorgeleistungen entlasten sollten. Und das ist unsere Pflicht gegenüber unseren Kindern und nachfolgenden Generationen.

So legitim unser Anspruch ist, keine Abstriche vom Lebensstandard hinnehmen zu müssen, sondern vielmehr zu erwarten, dass es *uns* in Zukunft besser geht, so legitim ist der Anspruch unserer Kinder, es »einmal besser zu haben« – wie es der Entwurf im Rückgriff auf die »ersten Ziele der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert« formuliert.

Not und Elend vieler Menschen in den vergangenen Jahrhunderten lassen sich

mit heutigen Nöten nicht vergleichen. Es gibt allerdings auch heute Kinderarmut in Deutschland und Millionen Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. An diese Menschen müssen wir bei unseren vorwärtsgerichteten Perspektiven und Forderungen nach Leistungsbereitschaft, um im globalen Wettbewerb Erfolg zu haben, denken und sie mitnehmen. Das schließt die Forderung, Leistung nach den eigenen Möglichkeiten zu erbringen nicht aus.

Aus zweierlei Gründen sollten wir uns dem Wettbewerb stellen: Unsere aktuellen Schwierigkeiten hängen mehr damit zusammen, dass wir unsere Chancen und Möglichkeiten in den vergangenen Jahrzehnten nicht angemessen wahrgenommen, dass wir sie verschlafen haben, als dass wir Opfer einer gern dämonisierten Globalisierung geworden wären. Wenn wir Abstriche hinnehmen mussten, dann waren wir letztlich als Gemeinwesen selbst dafür verantwortlich.

Und zweitens trifft der Wettbewerb der Globalisierung inzwischen jeden und sollte deshalb Ansporn sein, sich anzustrengen und die eigenen Möglichkeiten zu nutzen, zumal sie soviel üppiger sind als andernorts. Auch gehören wir als ein ebenso exportintensives wie rohstoffarmes Land zu den Gewinnern der Globalisierung, was leider viel zu wenig thematisiert wird. Wir sollten selbstbewusst sein, uns etwas zutrauen, ohne zuallererst an Risikominderung zu denken.

Wir trauen uns ja auch ansonsten eine Menge zu: »Wir erstreben eine friedliche

und gerechte Weltordnung«, so beginnt der zweite Absatz. »Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Nur in gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung, nur in Solidarität und Partnerschaft werden die Völker, Staaten und Kulturen das Überleben der Menschheit und des Planeten sichern können«. Hier können wir anknüpfen an große sozialdemokratische Tradition: zum Beispiel an die Friedenspolitik Willy Brandts, die das Zusammenwachsen Europas erst ermöglichte. Warum sagen wir das nicht selbstbewusst in dem Programm?

Schauen wir nach vorne, vor unsere Füße. Dort liegt genug Unerledigtes, der Entwurf listet es immer dann auf, wenn die Forderungen des Tages aus den sozialdemokratischen Werten abgeleitet werden. Die sozialdemokratische Tradition ist eine großartige Schatzkammer für den Kampf für Recht und Gerechtigkeit, für soziale Errungenschaften, für das europäische Modell des Wirtschafts- und Wohlstandsstaates. Die Globalisierung jedoch ist keine einschränkende, gar unterdrückende Machtinstantz, die die Privilegien weniger auf Kosten vieler bewehrt, die die breite Mehrheit von der gerechten Teilhabe an den gemeinsam erarbeiteten Früchten abhält. Die Globalisierung ist auch nicht, wie es nach meinem Eindruck der Entwurf suggeriert, der Manchester-Kapitalismus in neuem Gewand. Vielmehr bezieht sie ihre Dynamik nicht zuletzt aus der Tatsache, dass zum ersten Mal in der Entwicklung der industriell-technischen Zivilisation die breiten Massen kolonialisierter bis verelendeter und unterdrückter, jedenfalls zurückgebliebener Völker eine realistische Chance sehen bzw. längst ergriffen haben, ihr Elend abzustreifen – durch eine eindrucksvoll wettbewerbsorientierte Leistungsbereitschaft – und den Wohlstand der hochentwickelten Wirtschaftsnationen einzuholen. Zuge-spitzt gesagt: Die Globalisierung ist für

Milliarden von Menschen auf diesem Erdball das, was uns wenigen Millionen Europäern im 19. und 20. Jahrhundert die Entwicklungschancen der Wirtschaft, der Demokratien und des Sozialstaats waren.

Deshalb ist die Globalisierung für die Bürger in Deutschland auch kein vergleichbares Hindernis für die persönliche Entfaltung, wie es die Staaten des undemokratischen Deutschland im 19. Jahrhundert gewesen sein mögen.

Ein Wettbewerb der Wissensgesellschaften

Natürlich gibt es viel zu tun! Ich will nur einen Punkt herausgreifen: Die Globalisierung ist vor allem ein Wettbewerb der Wissensgesellschaft. Das mag durch die Verlagerung von Produktion, den Export von Arbeitsplätzen an billigere Produktionsstandorte verdeckt werden. Aber den in der Tat nicht gemütlichen Wettbewerb werden wir nur bestehen, wenn wir in Bildung und Ausbildung besser werden. Angefangen vom Kindergarten bzw. der frühkindlichen Entwicklungsförderung bis zum Output an Hochschullehrern und höchstqualifizierten Forschern. Ziel muss es sein, Potenziale zu erschließen und auf breiter Basis mehr, viel mehr junge Menschen viel besser als derzeit zu qualifizieren. Die Exportnation, als die wir uns so gerne sehen, werden wir nur bleiben, wenn wir in Zukunft neben den ausgefeilten Maschinen vor allem *Know-how* für die Schlüsseltechnologien der Zukunft exportieren können.

Die Bedeutung von Bildung und Ausbildung erkennt der Entwurf durchaus nicht. Es bleibt eine kontinuierliche Aufgabe (übrigens auch im Interesse der Gemeinschaft, nicht nur das Einsehen), bisher Minderprivilegierte an Bildung heranzuführen, Schranken, die den Zugang zu besseren Lebensvoraussetzungen verstellen, abzubauen.

Aber: Es muss jedem klar sein, dass das Leben in diesem Land eine Bildungs- und

Ausbildungsanstrengung erfordert. Bildungsrechte gehören dazu, sehr wohl aber auch eine höhere Qualität und Vielfalt der Bildungseinrichtungen. Bildungsanstrengung ist von jedem Einzelnen gefordert: Bildung ist Bürgerrecht und Bürgerpflicht!

Die Diskussion – Stichwort *Agenda 2010* – muss fortgesetzt werden, ob die Absicherung von Lebensrisiken so weit als Vorleistung gewährt werden muss, dass die Notwendigkeit eigenen Engagements geschwächt zu werden droht, zumal solche Absicherung die Finanzmasse für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur – die weitaus effektivere und sichere Absicherung – schmälert. Hier geben die skandinavischen Staaten mit ihrer nicht minder bedeutenden sozialdemokratischen Tradition anregenden Anschauungsunterricht. Eine Frage der Prioritätensetzung. Hier darf nicht ständig mit neuen Ansätzen diskutiert werden.

Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen. Waren wir nicht vor wenigen Monaten noch ein »Sanierungsfall«? Was sind unsere Stärken? Dazu nur ein nahe liegendes Beispiel: Mobilität. Als Hochtechnologienation, zudem zentral in Europa gelegen, sind wir auf eine hervorragende Mobilitätsinfrastruktur angewiesen. Wir haben sie, und wir sollten sie stärken. Der Frankfurter Flughafen ist eines der größten Luftverkehrsdrehkreuze der Welt, zudem der größte internationale Umsteigeflughafen weltweit. Deutschland ist *die* europäische Logistik-Drehscheibe, wegen unserer zentralen Lage und unserer hervorragenden Verkehrsinfrastruktur, von der weltweiten Luftverkehrsanbindung bis zur regionalen und lokalen Verästelung, die durch die ebenfalls überdurchschnittlich gute öffentliche Verkehrsversorgung ergänzt wird.

Das sind Trümpfe, die wir ausbauen müssen. Dies nur unter dem Aspekt Kli-

makatastrophe zu betrachten – von der Verkehrsinfrastruktur ist im Entwurf nur einmal, unter der Überschrift »Energie- und Schutz der Umwelt« mit dem Tenor die Rede, dass der öffentliche, ökologisch »gute« Verkehr vorrangig behandelt werden soll – greift zu kurz und vernachlässigt im Übrigen das Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotenzial des Verkehrs,

das für die Partei der Arbeit keine Nebensächlichlichkeit darstellen kann.



Wilhelm Bender (*1944) ist seit 1993 Vorstandsvorsitzender der FRAPORT AG, der Betreiber-gesellschaft des Frankfurter Flughafens.

Ansichten: Positionen zum Programm

Das Hamburger Grundsatzprogramm zielt darauf, Kommunikation und Praxis der Sozialdemokratie für einen langen Zeitraum zu prägen. Auch nach der beinahe achtjährigen Diskussion, die dem nun vorliegenden Entwurf vorangegangen ist, sind nicht wenige, durchaus gewichtige Fragen offengeblieben. Interessant sind daher die Stellungnahmen der Repräsentanten von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Um all das möglichst punktgenau zu klären, hat die Redaktion sich ausnahmsweise entschlossen, kurze Interviews mit präzisen Nachfragen an die Stelle von Autorentexten zu setzen. Wir hoffen, damit einen raschen und guten Überblick über Positionen und Kontroversen geben zu können. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

Gespräch mit Michael Sommer

»Ein Schritt der Normalisierung«

Michael Sommer, geb. 1952, ist seit 1981 Mitglied der SPD und seit 2002 Bundesvorsitzender des DGB. Nachdem der Gewerkschaftsbund nach der Verabschiedung der *Agenda 2010* zur Sozialdemokratie auf Distanz gegangen war, gibt es jetzt deutliche Zeichen einer Annäherung.

NG/FH: Michael Sommer, sind Sie mit dem jetzt vorliegenden SPD-Programm-entwurf zufrieden? Stimmt das Gesellschaftsbild des Programms, teilen Sie die Vision einer besseren Gesellschaft, die der Text enthält oder sehen Sie aus gewerkschaftlicher Sicht größere Defizite?

Michael Sommer: Insgesamt bin ich zufrieden mit dem, was dort erarbeitet worden ist. Ausdrücklich möchte ich mich bedanken bei dem Redaktionsteam aus Wolfgang Thierse, Hubertus Heil und Andrea Nahles, die eine gute Vorarbeit geleistet haben.

Ich glaube, es macht Sinn, die Begrifflichkeiten von demokratischem Sozialismus und sozialer Demokratie miteinander zu verbinden und eine Brücke zu schlagen zwischen dem traditionalistischen Ansatz der SPD und einem eher modernistischen.

Ich halte es auch für sinnvoll, den Begriff des Sozialstaates zu *erweitern* um den Begriff des Vorsorgenden Sozialstaates. Ich habe es immer für falsch gehalten, den Begriff des Sozialstaates nur zu *ersetzen* durch den Vorsorgenden Sozialstaat, weil